

Kirche vor Ort und bei den Menschen

Plädoyer für eine Stärkung der ersten Ebene¹ der EKiR.

Andreas Reinhold

1. Die Schwächung der ersten Ebene

Zusammenfassung:

Die erste Ebene (Kirchengemeinden, Einrichtungen und Werke) wird durch strukturelle Umbau- und Sparmaßnahmen in unserer Landeskirche geschwächt:

- *organisatorisch*: Kompetenzen sind auf Kirchenkreis-, Landeskirchen- und EKD-Ebene verschoben worden, Aufsichtsfunktionen des KSV und der KL wurden erweitert
- *finanziell*: trotz steigender Kirchensteuereinnahmen kommen weniger Geldmittel für menschenorientierte Arbeit vor Ort an, während auf den Ebenen der Kirchenkreise und Landeskirche in sachbezogene Dienstleitungen investiert wird
- *strategisch*: der sachbezogene Aspekt von Leitung tritt gegenüber einem personenbezogenen und - beeinflussenden Führungsstil zurück: Bevormundung ersetzt Dienst, Zentralismus ersetzt Subsidiarität

Es ist hinlänglich bekannt und wird von offizieller Seite auch nicht (mehr) bestritten, dass es in den vergangenen zehn Jahren zu einer deutlichen Verschiebung im Aufbau der Evangelischen Kirche im Rheinland gekommen ist. Die vormals recht eigenständigen und traditionell selbstbewussten Kirchengemeinden wurden im Zuge eines von der Landeskirche forcierten Spar- und Umbauprozesses in ihren Gestaltungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt, da ihnen wesentliche Kompetenzen entzogen und auf andere Ebenen übertragen wurden. Dies betrifft vor allem ihr Personalmanagement, ihr Budgetrecht und

¹ Unter der ersten Ebene verstehe ich alle Kirchengemeinden (Parochien), Einrichtungen und Werke der EKiR, die in der Fläche vor Ort Dienst am Menschen tun. Die zweite und dritte Ebene sind demnach der Kirchenkreis und die Landeskirche in ihren organisatorischen und verwaltungstechnischen Funktionen.

ihre Verwaltung, die mittlerweile in allen Kirchenkreisen zentralisiert wurde. Begründet wurden diese Maßnahmen hauptsächlich mit angeblich sinkenden Kirchensteuereinnahmen aufgrund negativer Mitgliederentwicklung, zugleich stellte man eine Effizienzsteigerung und damit einhergehend eine Reduzierung struktureller Kosten in Aussicht. Nicht wenige Landes- und Kreissynodale und wohl auch die meisten Presbyter_innen haben diesen Prognosen Glauben geschenkt und entsprechenden Kirchengesetzänderungen – teilweise widerwillig – zugestimmt bzw. ihre Umsetzung hingenommen. Doch von den gemachten Vorhersagen haben sich bisher wenige erfüllt, die versprochenen Synergieeffekte sind größtenteils ausgeblieben. Stattdessen machen nicht wenige Presbyterien die Erfahrung, dass sie trotz steigender Kirchensteuereinnahmen mit geringeren finanziellen Mitteln auskommen müssen. Denn die Einführung der Doppelten Buchführung im Verbund mit dem Neuen Kirchlichen Finanzwesen steigerte die Ausgaben für Personal und sprengte den veranschlagten Kostenrahmen erheblich. Darüber hinaus haben – ebenfalls durch Landeskirche und Kirchenkreise initiiert – Gebäudestrukturanalysen und Fusionsprozesse stattgefunden, die nicht nur enorme haupt- und ehrenamtliche Kraft gekostet haben, sondern Standortschließungen und damit verbunden auch religiösen Heimatverlust für viele Gemeindeglieder bedeuteten.

Doch nicht nur Kirchengemeinden sind von dieser Entwicklung betroffen. Auch Einrichtungen und Werke der EKiR spüren den neuen Wind, der seit ein paar Jahren aus Düsseldorf über die Landeskirche weht. So wurde auf der Landessynode im Januar 2015 ein umfassendes Sparpaket ohne nennenswerte Korrekturen beschlossen, obwohl es im Vorfeld große Widerstände und Protestaktionen gegeben hatte. Das ist sicher auch mit dem methodisch geschickten Vorgehen der Kirchenleitung zu erklären, die – möglichem Widerstand vorbeugend – mit einem Gesprächsangebot den Eindruck erweckte, sie stellten ihre Sparvorschläge ernsthaft zur Diskussion. Wer eine solche Veranstaltung besuchte, musste allerdings feststellen, dass Tagesordnungspunkte vorgegeben und Argumente zwar gehört wurden, aber sichtlich nicht die Herzen der Entscheidungsträger bewegten. So konnte die Kirchenleitung nach der Synode nicht nur feststellen, dass ihr Sparkurs bei marginalen Zugeständnissen, aber ohne substantielle Änderungen durchgewunken wurde.²

² Vgl. Pressemitteilung der EKiR: http://www.ekir.de/www/service/pm_haushaltskonsolidierung-beschlossen-18463.php

Sie hatte es darüber hinaus geschafft, den Eindruck einer gewissen Transparenz und eines Mitspracherechts der Betroffenen zu vermitteln und damit zu schluckende bittere Pillen versüßt. Dass dabei schon jetzt wichtige Arbeitsfelder in Bildung, Jugend, Sozialarbeit und Spiritualität ohne finanzielle Not auf der Kippe stehen und teilweise aufgegeben werden, um bis 2018 einen Haushalt aufweisen zu können, wie er bei prognostizierter Kirchensteuerentwicklung erst 2030 notwendig wäre, wird kaum wahrgenommen. Ob dies grundsätzlich – auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht – der angemessene Weg für unsere Kirche ist, aus der Krise des konstatierten Relevanzverlustes gestärkt hervorzugehen, steht dabei leider ebenso wenig zur Diskussion wie die Tatsache, dass finanzielle Mittel für die menschenorientierte Arbeit in Kirchengemeinden, Einrichtungen und Werken abgezogen und in andere, sachbezogene Verpflichtungen und Dienstleitungen investiert werden.

Dieser strukturelle und finanzielle Umbau bereitet zusätzlich den Boden für einen veränderten internen Diskussionsstil und Umgang mit offenen Konflikten. Je nach Kirchenkreis scheinen Kreissynodalvorstände vermehrt Druck auf Presbyterien auszuüben, die mit angestrebten Umbauprozessen nicht konform gehen oder deutlich Kritik an Missständen üben. Auch Pfarrer_innen bleiben davon nicht verschont. Dies hat zum einen mit einer Verschiebung im Machtgefüge der verschiedenen Ebenen zu tun. Zum anderen könnte dies mit einem Paradigmenwechsel im Selbstverständnis der zweiten und dritten Ebene zu tun haben, der sich auch in der Begrifflichkeit niederschlägt: aus Leitung wird Führung.³ Der ursprünglich sachbezogene Aspekt eines Leitungsgremiums tritt gegenüber einem personenbezogenen und -beeinflussenden Führungsstil zurück.

Fazit: Wir haben es sowohl mit einer organisatorischen und finanziellen als auch machtpolitischen Schwächung der ersten Ebene zugunsten von Kirchenkreisen und Landeskirche, aber auch in Richtung EKD zu tun, was, sollte dieser Kurs unverändert beibehalten werden, unsere Rheinische Kirche in den kommenden Jahren von einer presbyterial-synodalen Ordnung weg zu einem synodal-episkopalen System führen wird.

³ Deutlich wird dies anhand der Installation einer „Führungsakademie für Kirche und Diakonie“ auf EKD-Ebene: <http://www.fakd.org>.

2. Die Stärkung der ersten Ebene

Zusammenfassung:

Eine von landeskirchlichen Strukturen unabhängige Vernetzung innerhalb der ersten Ebene kann die Arbeit vor Ort und am Menschen stärken:

- *organisatorisch*: die noch vorhandenen Kompetenzen und Rechte bewahren und die in ihnen liegenden Möglichkeiten voll ausschöpfen
- *finanziell*: die Kirchensteuerhoheit der Kirchengemeinden und ihr Status als Körperschaften des Öffentlichen Rechts schützen und weitere Umlagenerhöhungen verhindern
- *strategisch*: das Selbstbewusstsein der Leitungsorgane vor Ort wiederfinden, Solidarität stärken und damit einem weitergehenden Zentralismus vorbeugen

Von den Verantwortlichen werden diese Umbauprozesse als unumkehrbar und darüber hinaus als alternativlos dargestellt. Abgesehen davon, dass beide Begriffe in theologischer Hinsicht keine evangelischen Termini sind: Sie vermitteln den Eindruck, dass ein objektives Kontrollverfahren und daraus resultierende Korrekturprozesse nicht vorgesehen sind. Dies ist umso beunruhigender, als die teilweise fatalen Konsequenzen des bisherigen Kurses immer deutlicher zutage treten.⁴ Der eingeschlagene Weg ist darum konstruktiv zu hinterfragen und kritisch zu begleiten. Denn wie die letzte Mitgliedschaftsuntersuchung (KMU V) zeigt, ist es gerade die menschenorientierte Arbeit vor Ort, die Kirchenmitglieder bindet und über den Kernbereich hinaus der Institution Kirche Wertschätzung verschafft. Die bisherigen Maßnahmen konterkarieren jedoch diese Erkenntnisse: sie stärken den Einflussbereich der basisfernen Kirchenkreise wie der Landeskirche und transferieren in fragwürdigem Maße Gelder in sachbezogene Projekte (Verwaltungsstrukturreform, Neues Kirchliches Finanzwesen, IT-Konzept).⁵

Grundsätzlich ist also darauf hinzuwirken, weitere Maßnahmen, die die erste Ebene schwächen, zu verhindern und ihren Verantwortungs- und Gestaltungsspielraum zu

⁴ Zu nennen sind u.a. langfristige Kostensteigerungen und erhöhter Personalbedarf auf Kirchenkreisebene, Rückzug kirchlicher Präsenz aus der Fläche, Trägerwechsel kirchlicher Einrichtungen und ein bezeichnender Krankenstand in den Verwaltungen.

⁵ Hierzu noch eine Anmerkung zur „Bindungsfähigkeit“: Die letzte, von der dritten Ebene verantwortete öffentlichkeitswirksame Maßnahme, die Neuorganisation der Kirchensteuer auf Kapitalerträge, war kommunikationstechnisch ein Desaster und hat unserer Kirche 2014 eine rekordverdächtige Austrittswelle beschert.

bewahren. Vor allem aber muss sie Subjekt aller Veränderungsprozesse bleiben und – falls wir die Ergebnisse der KMU V ernst nehmen und einem weiteren Bedeutungsverlust der Kirche an der Basis vorbeugen wollen – unmittelbar an Entscheidungsfindungen beteiligt werden.⁶ Dies setzt allerdings voraus, dass ihre Leitungsorgane objektiv, umfassend, verständlich und frühzeitig über Reformabsichten informiert werden, damit sie in die Lage versetzt werden, die Tragweite ihrer zu treffenden Entscheidungen zu überblicken.⁷

Die Aufsichtspflicht der Kreissynodalvorstände gegenüber den Presbyterien durch ein kürzlich eingeführtes, die Haushaltspläne betreffendes Genehmigungsverfahren, höhlt das autonome Budget-Recht der Gemeindeleitung bereits jetzt schon aus.⁸ Umso mehr ist in Zukunft die Kirchensteuerhoheit der Kirchengemeinden und ihr Status als Körperschaft des Öffentlichen Rechts zu schützen. Ebenso darf es keine zu befürchtenden weiteren Umlagenerhöhungen geben, die den prozentualen Anteil der Ortsgemeinden am Kirchensteuerverteilbetrag weiter reduzieren. Überhaupt ist der alles beherrschende ökonomische Focus, der derzeit die meisten Umbaumaßnahmen prägt, zu korrigieren. Selbstverständlich muss unsere Kirche in allen Bereichen verantwortlich wirtschaften. Aber – um es in Anlehnung an Martin Luther zu formulieren – die Ökonomie muss dabei jederzeit die Magd der Theologie bleiben. Schon seit längerer Zeit wird jedoch der Eindruck vermittelt, dass in ihrer Aussagekraft zweifelhafte Prognosen biblische Verheißungen ersetzen und eine fragwürdige überdimensionierte finanzielle Absicherung

⁶ Man kann an dieser Stelle einwenden, dass dies ja schon durch Kreis- und Landessynodale geschehe. Jedoch sind diese „Abgeordneten“ nicht weisungsgebunden und in ihrer Abstimmung frei. Das hat durchaus seine Berechtigung, aber auch einen signifikanten Nachteil: Die Interessen der Gemeinden werden spätestens auf landeskirchlicher Ebene kaum mehr abgebildet. Hier ist darüber nachzudenken, ob nicht eine direkte Gemeindevertretung auf der Landessynode etabliert werden muss, um die Interessen der ersten Ebene zu artikulieren, wie es zum Beispiel dem Evangelischen Kirchengemeindetag in Württemberg eingeräumt wird.

⁷ Beispiel: Die Einführung der Doppik verändert nicht nur die Buchführung, sondern zieht auch systemrelevante Veränderungen nach sich: von Steuerungsmechanismen des KSV und der KL in Bezug auf den Gemeindehaushalt bis hin zur Neudefinition des Kirchmeisteramtes. Dies war/ist vielen Presbyterien nicht bewusst und wurde in dieser Hinsicht unzureichend vermittelt. Vgl. hierzu das Schreiben des Landeskirchenamtes vom 11. Dezember 2014, in dem es u.a. heißt: „Die Regelungen des Verwaltungsstrukturgesetzes zum einen und die Paragraphen zur Aufsicht in der KF-VO andererseits machen es notwendig, über die Aufgaben des Kirchmeisteramtes zu beraten.“

⁸ Dies betrifft - eine Ebene höher - ebenso die Kirchenkreise, die, was die Haushaltsplanung angeht, gleichermaßen gegenüber der KL in einer Genehmigungspflicht stehen. Hier zeichnet sich eine Top-Down-Struktur in finanzieller Hinsicht ab, die von der EKD mittels des Erweiterten Solidarpaktes ausgehend sich über die Landeskirchen und Kirchenkreise bis auf Gemeindeebene durchzieht. Damit aber wird die Haushaltshoheit der einzelnen Körperschaften systematisch aufgehoben.

zukünftiger Verbindlichkeiten den gegenwärtig notwendigen theologischen Aufbruch verhindert.⁹

So sind auch bürokratische Prozesse auf ihre Notwendig- und Sinnhaftigkeit hin zu hinterfragen. Wenn Kirchengemeinden bis zu einem Drittel ihres Haushaltsbudgets für Verwaltungsaufgaben aufwenden und deshalb Arbeitsbereiche zurückfahren oder sogar aufgeben müssen, ist eine finanzielle Schieflage erreicht, die gegenüber der Basis nicht mehr zu vertreten ist und dem diakonischen Auftrag unserer Kirche widerspricht.

Fazit: Wir stehen in der Tat vor der Frage: Welche Kirche wollen wir? Oder besser: Welche Kirche sollen wir um Gottes Willen sein? Da der Umbauprozess in verschiedenen Bereichen schon weit vorangeschritten ist und im Hintergrund von Seiten der EKD zumindest gefördert, wenn nicht sogar forciert wird (Stichwort: Erweiterter Solidarpakt), da eine selbstkritische und auf die Bedürfnisse der Basis achtende Infragestellung des bisherigen Kurses innerhalb der zweiten und dritten Führungsebenen kaum wahrnehmbar ist, da die Reorganisation unserer Landeskirche immer deutlicher einer konzernorientierten Philosophie folgt, ist eine Stärkung der ersten Ebene wohl nur durch die erste Ebene selbst einzuleiten. Voraussetzung hierfür ist eine von landeskirchlichen Strukturen unabhängige Solidarisierung und Vernetzung von Kirchengemeinden, Einrichtungen und Werken, wie sie in anderen Landeskirchen schon existieren¹⁰ – nicht, um notwendige Veränderungen zu boykottieren, sondern um einen wirklichen Reformprozess anzustoßen, der dort beginnt und investiert, wo die kirchliche Arbeit am deutlichsten Wirkung zeigt und einem weiteren Bedeutungsverlust am effektivsten entgegenwirkt: vor Ort bei den Menschen.

⁹ Ähnlich sieht es Bischof Dr. Andreas Maltzahn in seiner Predigt anlässlich der Tastenaktion „7 Wochen ohne“ 2015: „Und wie steht es mit den Versuchungen von Kirche und Gemeinde? Versuche, Sicherheit zu gewinnen, auch hier: Zum Beispiel durch den verbreiteten Glauben, die Krise lasse sich durch besseres Management lösen. Professionalisierung und Qualitätssicherung heißen die Allheilmittel. Als wäre Kirche etwas, was man „machen“ oder „managen“ könnte! Als wäre Gott nicht mehr da! Als könnte er seine Kirche nicht mehr führen und zu neuer Lebendigkeit erwecken!“ Quelle: http://7wochenmit.info/fileadmin/user_upload/baukaesten/Baukasten_7Wochenmit/Bischof_v._Maltzahn.Predigt_zu_Mt_4_sieben_Wochen.pdf

¹⁰ Beispiele: Kirchengemeindetag (Württemberg), Aufbruch Gemeinde (Bayern), Gemeinde im Aufwind (Nordkirche), Gemeindebund (Brandenburg-Schlesische Oberlausitz).